

An den Rat der Stadt Löhne  
vertreten durch den Bürgermeister  
Oeynhausener Straße 41  
D – 32584 Löhne

## **Antrag zum Haushalt 2025**

### Titel:

Personalmaßnahmen - Einstellungsstopp 2025

„Wir müssen und wollen mit weniger Personal gute Arbeit machen.“<sup>1</sup>

### Hintergrund:

Im Löhner Haushaltsentwurf 2025 stehen ordentliche Erträge in Höhe von 124,61 Mio. Euro ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 131,25 Mio. Euro gegenüber. Damit ergibt sich schon mal ein ordentliches Ergebnis, in der freien Wirtschaft würden wir vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sprechen, von -6,64 Mio. Euro. Das bedeutet, das Unternehmen „Stadt Löhne“ weist schon mal eine negative Umsatzrendite von -5,27% aus.

Kurz gesagt: Löhne hat kein Geld.

Wenn Unternehmen kein Geld haben, sparen sie... und ja auch beim Personal. Und das Unternehmen „Löhne“. Das spart nicht, hier wird munter weiter Personalaufbau betrieben. Augenscheinlich sieht der Stellenplan auf Folie 7 (siehe Anlage) der Präsentation zwar recht positiv aus, aber wenn wir jetzt nur ein bisschen an der Oberfläche kratzen, sehen wir, dass der größte Effekt in Höhe von 1,63 Mio. Euro aus der Verlagerung des Rettungsdienstes zum Kreis Herford entsteht. Also keine wirkliche Einsparung; die steigenden Kosten beim Kreis kommen über die Kreisumlage wieder zurück. Dafür werden im Haushaltsplan die nächsten 10 Stellen geschaffen.

Gehen wir hier der Einfachheit halber einmal von Stellen für Sachbearbeiter aus; also Besoldungsgruppe A8. Ausgehend vom Mittelwert der Entwicklungsstufe ergeben sich Kosten von ca. 36 TEuro pro Monat zzgl. Sozialabgaben bzw. ca. 450.000,- Euro pro Jahr zzgl. Sozialabgaben; bei ca. 20 % Arbeitgeberanteil für die Sozialabgaben entstehen so Kosten von ca. 540.000,- Euro pro Jahr... und das, obwohl die Stadt Löhne kein Geld hat.

---

<sup>1</sup> Quelle: „Verantwortung für Deutschland“; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD; Berlin; 09. April 2025; Seite 57

So kann es schlicht und ergreifend nicht weitergehen, denn jede zusätzliche Stelle muss finanziert werden; sprich entweder über eine Erhöhung der Grundsteuer bzw. eine Erhöhung der Gewerbesteuer. In Vorlage 382/2024 kann jeder nachlesen, dass je 2 Mio. Euro zusätzliches Defizit die Grundsteuer B für das Wohnen „...um mindestens 130 Punkte erhöht werden müsste.“ Da durch diese Planung die Personalkosten um ca. 540.000,- Euro steigen, bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger eine Grundsteuererhöhung um ca. 35 Punkte.

Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt, dass für das Haushaltsjahr 2025 ein Einstellungsstopp für den Geltungsbereich des Haushalts erlassen wird. Durch Verrentung oder Abgang freiwerdende Stellen werden nicht neu besetzt. Notwendige Neubesetzungen von Stellen innerhalb des Geltungsbereichs sind durch interne Personalumschichtungen zu realisieren; umgeschichtetes Personal ist bei Bedarf nach zu qualifizieren. Die hochgradige Flexibilität in allen Bereichen hat der Bürgermeister bereits im Interview vom 14. Sept. 2021 dargestellt (siehe Anlage).

Damit folgt der Antrag der CDU-Fraktion der Linie des Koalitionsvertrags „Verantwortung für Deutschland“, der auf Bundesebene durch die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD, Dr. Friedrich Merz, Dr. Markus Söder, Lars Klingbeil und Saskia Esken ausgehandelt wurde. Dieser sieht vor, „...den Personalbestand in der Ministerial- und Bundestagsverwaltung sowie in bestimmten nachgeordneten Behörden bis zum Jahr 2029 um mindestens acht Prozent [zu] reduzieren.“<sup>2</sup> (siehe auch Anlage).

Löhne, den 10. April 2025

gez. Prof. Dr. Maik Büssing  
Fraktionsvorsitzender

gez. Friedhelm Abke  
stellv. Fraktionsvorsitzender

---

<sup>2</sup> Quelle: „Verantwortung für Deutschland“; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD; Berlin; 09. April 2025; Seite 57





Abbildung 02: Artikel „Wir sind viel flexibler geworden“ aus dem WestfalenBlatt vom 14. Sept. 2021

Quelle: <https://www.westfalen-blatt.de/owl/wir-sind-viel-flexibler-geworden-2423856>